

# Nebrer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Amftliches Organ der königlichen und ftädtifchen Behörden in Nebra a. V.

Mr. 35

Nebr, Mittwoch, 29. April 1896.

9. Jahrgang.

### Die gegenwärtige franzöfifche Krisis

Ist fchwerer, wie je zuvor feit dem Abtritt Mac Mahons und findet keineswegs mit der Bildung eines neuen Kabinetts ihren Abfchluff. Zwar hat fich der Senat bezieht, die Admagaftratskredite zu bewilligen, aber damit ift die Sache durchaus nicht abgethan. Die Kammer hat fich durch eine Refolution im Sinne demokratifcher Reformen feftgelegt und diefen Programmen hat das neue Miniſterium entfprochen. Die Agence Havas teilt — offenbar beabfichtigt — mit, aus den Befprechungen des Präfidenten mit hervorragenden Führern der Linken ergäbe fich, daß ein „Konzentrationsminiſterium“ die am geeignetften erſcheinende Lösung der Krisis fei. Als ein Zufammenfallen oder vorhandener politifcher Kräfte! Das ift ein fchöner Gedanke, aber leider nicht mehr ausführbar. Heute muß in Frankreich jeder Farbe befehen, denn erftärkende Weife ift das Vertrauen des Volkes bei Simonin, Wilson, Panama und Sidiabai erheblich ins Wanken geraten.

König und Verfaſſungsrevision! So lautet das Feldgeſchrei der äußerften Linken, der Radikalen und Sozialiften, so rufen auch Bourgeois und feine Umgebung und zugleich wird auf eine Präſidenzialkriſis hingewieſen, die unvermeidlich fei. Selbft aber mena noch einmal alles im alten Geleife bleiben wollen, fo wird Bourgeois' Nachfolger eine fchwierige Stellung haben. Bourgeois ift zweifellos ein ehrlicher Mann, aber er hat entweder zu viel oder zu wenig gethan. Die Verhaftung Arions, der Prozeß gegen die Reichspräfidenten und die Abſtufe mit dem Geheimpoliſten Dupas waren keine Brillantenwerke, aber kein heiliges Agreifen an die Würde des Hebeles. Bourgeois hat allen ungelunden Appellen gemeinſchaftlich, die Juſtiz in den Dienft der radikalen Partei geſtellt, Venter vertrieben und Klemmer zerbrochen, der 50 Mann hohen Sozialiftenpartei zu einer maßgebenden poliſtiſchen Rolle verholfen, und alle die Verdrängten, die ſchlechten Verdrängten und Inbetrübten werden mit der Verhaftung des Infantis der Vorkriſe über das neue Kabinet verfallen. Paris und die Fabrikarbeiter der Provinzen organiſieren Waffenführungen gegen den Senat, und an der Wähler und Agitation wird es gewiß nicht fehlen.

Sehr wichtig für den Fortbeſtand der Republik in ihrer gegenwärtigen Verfaſſung werden dieſmal die Gemeinwahlen ſein, die am 3. und 10. Mai, also ſchon in nächſter Zeit ſtattfinden. Obſchon es ſich mehr um municipale Verwaltungen handelt, wird dennoch der Sturz Bourgeois die poliſtiſchen Mächte in der Waſche unter den Kandidaten der Kommuniſtomanipulation ein Hebrägenſpiel geben. Jedes Stimmweil wird ſeine Gemeinbeweſer für oder gegen den Senat beſtehen. Die nächſten Wahlen des poliſtiſchen Lebens in Frankreich werden daher zählen in der Geſchichte der Republik. Wahrung und Klärung aus ihnen zu hoffen, wäre bei der Verwirrung aller Begriffe ein verwegener Wunsch. Die Wahlkreiſe werden das handgreiflich demonſtrieren und die Zerfahrenheit wird fortwähren.

Die Gruppe der ſozialifitiſchen Deputierten hat ein Manifeſt an das Land gerichtet, das beſagt, daß nach der Fahnenflucht des Kabinetts Bourgeois die republikaniſchen und ſozialifitiſchen Deputierten den vom Senat hingeworfenen Anſpruch angenommen und die Sechſtgezwonnen hätten, indem ſie das allgemeine Stimmrecht proklamieren. Das Manifeſt ſagt ferner, es ſeien die Bürger, die den Triumph davongetragen hätten, weil ſie es verſtanden, während der Ferien den Deputierten republikaniſchen Geiſt einzuſchärfen. Jetzt komme es darauf an, daß alle Bürger und Arbeiter ſich des allgemeinen Stimmrechts bedienen, um bei den nächſten Municipalwahlen die Volksmacht und den ſozialifitiſchen Geiſt in die Matrien einzulegen.

Das ſind natürlich Nebenſachen, aber die Franzoſen lieben es einmal, in die Suppe der Thatſachen die Broden der Phraſe zu werfen und dann das Ganze gemeinlich auszuſchlecken. So wird es auch dieſmal ſein und das gegen

den Senat angeſandte Feuer wird ſich als Strohhalm erweiſen und endlich, ohne Schaden angerichtet zu haben, verſinken. Aber eine Zeitlang wird's brennen und wahrſcheinlich auch noch das nächſte Miniſterium überdauern. Die dieſmalige franzöſiſche Kriſis wird ziemlich lange andauern.

### Deutſcher Reichstag.

Am 24. d. ſiechen Verichte der Abſchlußung ſommillion zur Verſicherung. Gemäß den Entwürfen der letzteren werden für gültig erklärt die Waſchen der Abg. v. Salfiß (ſon. — 2. Breslau), v. Reibnig (fr. Bp. 1. Gumbinnen) und Sönders (wiſſon. 2. Kall). Die Wahl des Abg. Weger-Galle (fr. Bp. — 4. Merſeburg) beantragt die Kommiſſion für ungültig zu erklären.

Abg. Barth (fr. Bp.) weist darauf hin, daß die in Halle vorgewählten Wahlbeſtimmungen nicht dem Abg. Weger, ſondern dem Konſtitutionskomitee gelten können. Nach dem in der Wahlloſt der ſozialdemokratiſche Kandidat Rumer 6000 Stimmen weniger erhalten, als die Stimmen der anderen Parteien zueinander getragen haben. Geſetzt hat Weger ſich nicht in der Wahlloſt mit 1700 Stimmen. Die Wahl müßte an die Kommiſſion zurückverwiesen oder für gültig erklärt werden.

Abg. v. Holleufer (ſon.) proteſtiert gegen die Aufhebung, daß ein Wähler in ſeiner Stelle, auch nicht außerordentlich, wie es in Halle geſchehen ſei, bei der Wahl hervorgerufen wurde. Das wäre gerade dem aktiven und poſitiven Wahlrecht der Wähler. Auch er bittet, die Wahl an die Kommiſſion zurückzuſenden.

Abg. v. Gier (ſon.) So lange ein Mittel, die Wählungen ſolcher Beſtimmungen feſtzuſetzen, nicht gefunden ſei, müſſe man an der Durchföhr der Wahlbeſtimmungen feſthalten und die Wahl für ungültig erklären. Am dem Reich ſolle keine ſich nicht feſthalten, wo die amtliche Agitation des Kandidaten aufhöre und die private anginge. Geſondt ſei, um nicht zu Gunſten des Siegers, ſo ſicher zu ſtimmen des ungelungen ſozialdemokratiſchen Kandidaten.

Abg. Gamp (freiloſt.) hebt hervor, auch der Waſche und proſeß der Wahlkommiſſar habe keine ſtaatsbürgerliche Rechte, und es ſei unangeſehen, ſon ihm nur Recht auf Verlangen. Wenn die Beſtimmungen ſo liegen, wie bei der Wahl in Halle, ſo ſei es dem Lande von Stimmen handle, weder ſpreche es dem gültigen Meidenſtande, von einer beſtimmenden Wirkung einer Wahlbeſtimmung zu ſprechen. Er werde für die Gültigkeit der Wahl ſtimmen.

Abg. Frieberg (nat-ſich) bemerkt, wenn auch in Halle Wahlbeſtimmungen ſtatgefunden haben, ſo habe doch der Reichstag immer beſchloſſen, weſchen Geſchick ſie auf das gültige Recht gegen ſtellen. Die Wahlbeſtimmung habe doch gegen Weger ſtatgefunden, also ihm ſeine neuen Stimmen zugehört. Daß der Sozialdemokrat in der Wahlloſt ohne die Beſtimmung gemäß werden kann, ſonnte doch Abg. Weger nicht beſchweren. Er ſtimme für Rückverſendung an die Kommiſſion.

Abg. Götz (fr. Bp.) warnt, bei den Wahlbeſtimmungen einen ſolchen Formalismus einbringen zu wollen, ſon könnte man ſchließlich die meifen Wahlen für ungültig erklären.

Abg. Spahn (Zentr.) bittet, es bei dem Kommiſſionsbeſchluß zu beſtehen.

Der Antrag auf Zurückverſendung an die Kommiſſion wird mit 125 gegen 97 Stimmen abgelehnt, die Wahl des Abgeordneten Weger, dem Kommiſſionsantrag entſprechend, für ungültig erklärt.

Die Waſchen der Abg. Rother (ſon. — 5. Breslau) und Weidmann (freiloſt.) u. 2. Sachſen-Weimar) werden, dem Kommiſſionsantrag gemäß, beantragt.

Die Wahl des Abg. Krupp (freiloſt.) — 5. Dählroß) beantragt die Kommiſſion für gültig zu erklären.

Abg. v. Hügel (ſon.) beantragt die Beanſpruchung der Wahl und Beweisführung über im Wahlloſt behauptete Verletzungen der Wahlfreiheit und des Wahlheimlichkeits in den Wahlloſten Alford 2 und 6.

Die Erhebungen aus auf behauptete Unregelmäßigkeiten im Wahlloſt Nord 2 auszudehnen; außerdem auch auf die in einem verſäpft eingegangenen Wahlloſt Nord 2 behaupteten Thatſachen. Geſondt empföhle er, die Sache an die Kommiſſion zurückzuverſenden.

Abg. Spahn teilt mit, daß die Vorſitze in Anſpruch von der Kommiſſion bereits erwidert, aber ſie ſei nicht erwidert werden ſollen. Die Vorſitze in Alford 2 und 6 ſeien allerdings noch feiner Unterſuchung unterzogen worden, er glaube aber nicht, daß die Vorſitze bei der Beurteilung der Wahl erheblich ins Gewicht fallen könnten.

Abg. v. Gier (ſon.) bittet, es ſei genügend feſtgeſetzt, daß die Wahlfreiheit der Kruppſchen Arbeiter nicht beſchänkt worden ſei. Weitere Erhebungen ſeien nicht erforderlich, denn das, was feſtgeſetzt ſei, ſonnte durch ſie doch nicht widerlegt werden, denn die feſtgeſetzten Ausſagen, auf die er ſeine Kritik bauge, ſchienen von durchaus unabhängigen Leuten her.

Die Anfrage Simonin und Bergmann werden abgelehnt. Die Wahl des Abg. Krupp wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Holz (freiloſt.) — 5. Marienwerder) ſei ſchon einmal beantragt worden, beantragt die Kommiſſion weiterhin zu beanſuchen und weitere Beweiſe über vorgetommene Wahlunregelmäßigkeiten zu erheben.

Abg. v. Gier (ſon.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Gier (ſon.) begründet dieſen Antrag mit dem Hinweis auf die ſehr ſchweren Beweiſe über die Unregelmäßigkeiten, wodurch das Ergebnis des Wahlaktes in einem ganzen Bezirk habe ſteifert werden müſſen, blieben dem Abgeordneten Holz nur ſieben Stimmen Mehrheit. Mehr als dieſe aber müßten ihm wegen der ſonst noch fortwährenden Unregelmäßigkeiten abgezogen werden.

Abg. v. Gier (freiloſt.) beantragt, die Wahl für gültig zu erklären und über dieſen Antrag in namentlicher Abſtimmung zu entſcheiden. Die Kommiſſion habe unzureichend erſuchte Beweiſe, die für gültig nicht beſteht, ſonnte ſich ſelbſt ſelbſt erheben. Geſondt ſei, ſie habe die Stimmen eines Wahlbezirks zu Unrecht ſteifert, weil feſtgeſetzt worden, daß eine Zeitlang der Wahlloſt nicht vorſchickmäßig beſetzt geſeien. Am Ende ſonnte letzteres in jedem Wahlbezirk vor. Bei dieſer Wahl müſſe denn der Gedanke kommen, daß die Kommiſſion nach poliſtiſchen Maßſtäben verfähre.

Abg. Spahn verurteilt die Kommiſſion gegen feſtgeſetzte Maßſtäbe. Die Kommiſſion habe rein ſachlich geurteilt und entſchieden.

Der Kommiſſionsantrag wird abgelehnt, und die namentliche Abſtimmung über den Antrag Gamp erſt bei Anweſenheit von nur 184 Mitgliedern, von denen 83 für Gültigkeit, 24 für Ungültigkeit der Wahl — bei einer Stimmen-Enthaltung — votieren. — Das Haus ſei demnach nicht beſchlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden. Nächſte Sitzung Montag.

**Verſchiedenes Landtag.**  
Am Freitag trat das Abgeordnetenhaus in die erſte Sitzung der Sachſen-Landtagſitzung im Reichstagſaal. Dem Geſetz nur wenige Abgeordnete gegenüber. Alle übrigen Redner des Hauses verwarnten dieſelbe einander prinzipiell, aber ſie brachten doch anſtatt ſchwererwiegenden Beweiſen gegen dieſelbe vor. Schließlich wurde die Vorlage an eine Kommiſſion verwieſen.

Im Abgeordnetenhaus wurden am 25. d. in erſter und zweiter Beratung die Gelegenheitsbeiträge, Aufhebung der im Geltungsbereich des Rheinlandes beſtehenden Verordnungen über die Befreiung von Geſchäftsmitteln, betr. Abänderung des Geſetzes über die Handelskaufleute zu Koſel, Pöſta und Danau und betr. Abänderung der Geſetze über die Landes-Verkauf zu ſtafel angenommen. Gleiche Aufhebung von Geſchäftsmitteln und Beitritten erließigt. Nächſte Sitzung Donnerſtag.

### Politifche Rundſchau.

**Deutschland.**  
Der Kaiſer wohnte am Sonntag vormittag, wie aus Schluß gemeldet wird, dort mit Geſolge dem Gottesdienſt bei. Der Monarch wird am 1. Mai die Berliner Gewerbe-Ausſtellung eröffnen und am 2. Mai vorauſſichtlich den Landesausschüſſungen „Karo“ und „Alt-Berlin“ einen Beſuch abſtatten.

Ueber die obdenburgiſche Thronfolgerfrage ſchreibt man dem Reichs-Volkſblatt: „Neulich wurde berichtet, ein Prinz aus der ruſſiſchen Linie des obdenburger Hauſes werde demnächst ſeinen ſtäbigen Wohnſitz, also als Thronanwärter, in Obdenburg nehmen. Davon ſei es ſächſlich die Rede geweten und unter herauſſchdes Haus denkt nicht daran, es zuzugehen. Der Großherzog ſei noch erſtlich, der Großherzog noch jung, außerdem ſoll deſſen jüngerer Bruder Herzog Georg. Letzterer ſei bisher unverheiratet, ob er heiraten wird, weiß man nicht, die Geſchichte von einer geheimen morganatiſchen Ehe ſind aber erſunden. Der Großherzog ſt Winter, er hat eine Tochter, die aber, weil hier das ſächſiſche Geſetz gilt, nicht ſuccedenſfähig ſt. Wie nun beſtimmt verſeuer, wird der Großherzog nach Ablauf des Thronerbes ſich mit einer Prinzessin eines mitteleuropäiſchen Fürſtenhaufes verloben und angeſichts dieſes Umſtandes iſt es überhaupt ziemlich möglich, die Obdenburger Thronfolgerfrage aufzuwerfen.“

Die Beratungen des Reichstages zu Bingenen wird immer wahrſcheinlicher. Allerdings kann keine Rede davon ſein, daß nur noch das Zuckerenergieſch und die Gewerbe-Abſtelle erledigt werden, die Beratungen der übrigen großen Vorlagen aber auf die lange Bank geſchoben ſind. Es liegt durchaus keine Notwendigkeit vor, die Erledigung der übrigen wiſſchaftlichen Vorlagen wie Vorläufergeſetz, Margarinegeſetz zu verſchieben, da die Bingenen, zu welchem Zeitpunkt die Kommiſſion für das Bürgerliche Geſetzbuch vorauſſichtlich mit ihrer Arbeit fertig ſein wird, hienach Zeit ſt, die Beratungen ſchwerer Vorlagen durchzuführen. Gelingt dieſes, was bei einiger Anſtrengung

**Anfertigungspreis**  
für die 1ſpaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf. Reklamen pro Zeile 15 Pf.  
**Anfertiger**  
werden bis Dienſtag und Freitag, 10 Uhr angenommen.

gang ganz am möglich ſt, dann wird man ſich wahrſcheinlich dahin ſchließen können, das Bürgerliche Geſetzbuch gegen Ende September in einer lebhaftig dieſer Arbeit gemachten kurzen Sitzungsperiode zu beraten und dann den Seſſionsſchluff folgen zu laſſen.

\* Der Köln. Zig. zufolge ſind die Vorarbeiten wegen Vervollſtändigung der vierten Bataillone im Kriegsminiſterium ſo weit geſchritten, daß die Gelegenheit ſchon in Kürze, vorauſſichtlich noch vor Winter dem Reichstage zugeht. Die Mehrſten ſollen keinen nennenswerten Umfang annehmen, ſo daß auf eine glatte Erledigung der Vorlage gerechnet werden dürfte. Die Köln. Zig. hofft, daß es dem Kriegsminiſterium nun auch gelingen werde, baldigt den Entwurf einer Militärrückbildungsreform zur Vorlage zu bringen.

\* In Deutſch-Südwefafrika ſoll es zuſehen der Schutztruppe und den Detachés zu einem Zufammenſtoß gekommen ſein.

### Deutſcher Landtag.

\* Das ſchweizeriſche Abgeordnetenhaus nahm am Freitag den Artikel I der Wahlreform, den 72 neue Abgeordnete ſteifert, mit 195 gegen 30 Stimmen an.

\* In ungarischen Abgeordnetenhaus, in welchem zahlreiche Beitritten aus Städten und Komitaten wegen der Ausgleichsverhandlungen mit Deutſchland eingetriedet worden ſind, trat Franz Stoſch am Freitag für ein ſelbſtändiges Zollgebiet in. Der Miniſterpräſident erklärte, der biſherige Gang der Verhandlungen ſei nicht derartig, daß man zur Trennung des Zollgebietes ſchon jetzt Verſtimmungen treffen müſſe. Im Gegenteil er habe die Hebrägenung geſchrieben, daß auch auf der Grundlage eines gemeinſamen Zollgebietes Ungarns Intereſſen geſchützt werden könnten.

### Frankreich.

\* Fürſt Ferdinand ſt in Paris mit Auszeichnung empfangen worden. Der Präſident verlieh ihm den Großkroſen der Ehrenlegion.

\* Die inneren Wirren in Frankreich haben mit dem Abtritt des Miniſteriums Bourgeois eine recht bedenkliche Schwärze angenommen. Die Miniſterkriſis ſt noch immer nicht gelöſt. Zwar hat Präfident France noch einander Koubet, Buffon, Renard und Boucaux, und nachden Bourgeois, Gartin, Verdor und Meſine empfangen, ohne daß aber bisher ein neues Kabinet gebildet werden konnte.

\* Der Sturz des Miniſteriums Bourgeois hat eine ſtarke Volksbewegung gegen den Senat in Fuß gebracht. Am Freitagabend fand in Troſi-Bauhall eine große Volksverſammlung gegen den Senat ſtatt. Der Anhang war ein recht großer; mehrere tauſend Teilnehmer mußten außerhalb des Saales ſitzen. Eine Anzahl konſtitutioneller Deputierten und Municipalräte waren zugegen. Gamſe ſprach beſtieg die Tribüne und erklärte, der Abgeordnete fordere Thron, nicht Rote. Jaurès und Baillat ſprachen nach ihm. Jaurès ſchloß ſeine Rede mit der Aufforderung: „Bürger, laßt uns heute einen Schurk thun! Laßt uns alle ſchämden, unter Leben für unſere Sache hinzugehen! Für die ſoziale Republik unter Leben, unter Tod!“ Die Anweſenden leiſteten mit Empfinden dieſen Schurk.

### England.

\* Vom Katabelkauffand ſind neuer Nachrichten nicht verſtändlich worden. Aber wie aus Dover gemeldet wird, haben die dort und in Brighton ſtehenden Truppen Befehl erhalten, ſich zum Abgang nach Süd-Afrika bereit zu halten. Im übrigen werden die engliſchen Miſſionen fortgeleitet. Die Abſchickalſt ordnete den Ban von zwanzig neuen Torpedobomben-Beſtützern an.

### Italien.

\* Die Friedens-Verhandlungen mit Wien ſt ſchließlich, weil dieſer zwar die Erklärung des Reichs auf das inſtändige Protektorat erließ, aber ſich weigerte, zu erklären, er nehme auch kein anderes Protektorat an. Es heißt, der zweite Friedensunterhändler General Maga ſei ebenfalls als Geſandte geſchick. General Balbiera rüſtet zum Stamm während der Negoziz. Balbiera ſoll auf ſeinen Geſandten beſchäftigt werden.

### Rußland.

\* Die beſorgende Kaiſerkrönung in Moſkau gibt den Miſſionen wieder Veranlaſſung, von ſich reden zu machen. So ſollen, wie ſtrafbarer Kolonialräte melden, bei poliſtiſchen Reviſionen in Petersburg, Moſkau und Niſchni-Nowgorod große Maſſen Sprengſtoff







# Nebrauer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Amstliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Ar. 35

Nebr., Mittwoch, 29. April 1896.

9. Jahrgang.

### Die gegenwärtige französische Krisis

Ist schwerer, wie je eine zuvor seit dem Niedertreten Mac Mahons und findet keineswegs mit der Bildung eines neuen Kabinetts ihren Abbruch. Zwar hat sich der Senat bereit, die Maßgaben der Freizugs zu bewilligen, aber damit ist die Sache durchaus nicht abgethan. Die Kammer hat sich durch eine Resolution im Sinne demokratischer Meinungen festgelegt und diesen Programmen muß das neue Ministerium entsprechen. Die Agence Havas teilt — offenbar beeinflusst — mit, aus den Befragungen des Präsidenten mit hervorragenden Führern der Linken ergäbe sich, daß ein „Konzentrationsministerium“ die am geeignetsten erscheinende Lösung der Krisis ist. Also ein Zusammenstoß oder vorhandene politische Kräfte! Das ist ein schöner Gedanke, aber leider nicht mehr ausführbar. Heute muß in Frankreich jeder Farbe bestimmen, denn erklärtermaßen ist das Vertrauen des Volkes bei Limouzin, Wilson, Panama und Sibbald erheblich im Wanken geraten.

Konkret und Verfassungsrevision! so lautet das Feldgeschrei der äußersten Linken, der Radikalen und Sozialisten, so rufen auch Bourgeois und seine Umgebung und zugleich wird auf eine Präsidialkrisis hingewiesen, die unvermeidlich sei. Selbst aber wenn noch einmal alles im alten Geleise bleiben sollte, so wird Bourgeois' Nachfolger eine schwierige Stellung haben. Bourgeois ist zweifellos ein ehrlicher Mann, aber er hat entweder zu viel oder zu wenig gethan. Die Verfassung des Jahres 1875 gegen die Verbündeten der Republik und die Affäre mit dem Geheimpolizisten Dupas waren seine Verfehlungen, aber sein herabgesetztes Ansehen ist die Wurzel des Übels. Bourgeois hat allen umgebenden Parteien gegenüber, die Justiz in den Dienst der radikalen Partei gestellt, Venter bereit und Venter vorgehen, der 50 Mann hohen Sozialistenpartei zu einer maßgebenden politischen Rolle verhelfen, und alle die Verbindungen, die schlichte Verbindungen und Unverbindungen werden mit der Verfassung des Jahres 1875 in Frankreich über das neue Kabinet herfallen. Paris und die Substantive der Provinzen organisieren Massenbewegungen gegen den Senat, und an der Wähler- und Agitation wird es gewiß nicht fehlen.

Sehr wichtig für den Fortbestand der Republik in ihrer gegenwärtigen Verfassung werden diesmal die Gemeinbewegungen sein, die am 3. und 10. Mai, also schon in nächster Zeit stattfinden. Obgleich es sich mehr um municipale Verwaltungsfragen handelt, wird dennoch der Sturz Bourgeois die politischen Wahlen in der Weise unter den Kandidaten der Kommunalmagistrate ein Uebergeheimnis geben. Jedes Wahlmüß wird seine Gemeinbewegungen für oder gegen den Senat stellen. Die nächsten Wochen des politischen Lebens in Frankreich werden daher zählen in der Geschichte der Republik. Führung und Abklärung aus ihnen zu hoffen, wäre bei der Bemerkung aller Begriffe ein verwegener Wunsch. Die Wahlergebnisse werden das handgreiflich demonstrieren und die Verfahrensweise wird fortwähren.

Die Gruppe der sozialistischen Deputierten hat ein „Manifest an das Volk“ geteilt, das besagt, daß nach der Fahrenflucht des Kabinetts Bourgeois die republikanischen und sozialistischen Deputierten den vom Senat hinweggeführten Kandidaten angenommen und die Schlichte genommen hätten, indem sie das allgemeine Stimmrecht proklamieren. Das Manifest sagt ferner, es seien die Bürger, die den Triumph davongetragen hätten, weil sie es verstanden, während der Ferien den Deputierten republikanischen Geist einzuflößen. Jetzt komme es darauf an, daß alle Bürger und Arbeiter sich des allgemeinen Stimmrechts bedienen, um bei den nächsten Municipalwahlen die Volksmacht und den sozialistischen Geist in die Mairien einzuführen.

Das sind natürlich Lebensarten, aber die Franzosen lieben es einmal, in die Suppe der Thatsachen die Brocken der Theorie zu werfen und dann das Ganze gemächlich auszufressen. So wird es auch diesmal sein und das gegen

den Senat angegebene Feuer wird sich als Strohhalm erweisen und endlich, ohne Schaden angerichtet zu haben, verpuffen. Aber eine Zeitlang wird's brennen und wahrscheinlich auch noch das nächste Ministerium überbrennen. Die diesmalige französische Krise wird ziemlich lange andauern.

### Deutscher Reichstag.

Am 24. d. hiesigen Berichtes der Wahlprüfungskommission zur Beratung. Gemäß den Vorschlägen der letzteren werden fünfzig erklärt die Wahlen der Abg. v. Salfisch (konf. — 2. Breslau), v. Meining (fr. Pp. 1. Gumbinnen) und Sühndes (wiltson. 2. Kassel).

Die Wahl des Abg. Meyer-Galle (fr. Pp. — 4. Merseburg) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Barth (fr. Pp.) weist darauf hin, daß die in Halle vorgenommenen Wahlbeeinflussungen nicht ohne Folgen für den Reichstag zu sein werden. Die Wahl des Abg. Meyer-Galle (fr. Pp.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Hollenacker (konf.) protestiert gegen die Aufhebung, daß ein Bewerber in keiner Weise, auch nicht auf dem Wege, wie es in Halle geschehen sei, bei der Wahl betheiligt werden dürfe. Das widerspreche dem strikten und positiven Wahlrecht der Wähler. Auch er bitte, die Wahl an die Kommission zurückzugeben.

Abg. v. Arer (konf.) so lange ein Mittel, die Wählenden solcher Beeinflussungen fernzuhalten, nicht gefunden sei, müsse man an der Fortdauer der Wahlbeeinflussung festhalten und die Wahl für ungültig erklären. Im dem Fall Halle lasse sich nicht feststellen, ob die amtliche Revision des Landtags aufreibe und die private anfrage. Generelles sei, wenn nicht zu Gunsten des Siegers, so sicher zu Ungunsten des unterliegenden sozialdemokratischen Kandidaten erlaßt.

Abg. Camp (freikons.) best. hervor, daß der Beamte und Mitglied der Wahlkommission habe keine staatsbürgerlichen Rechte, und es sei ungesetzlich, von ihm zur Beurteilung zu verlangen. Wenn die Wahlprüfungskommission so liegen, wie bei der Wahl in Halle, so ist ihm zur Laufende von Stimmen handle, widerspreche es dem gefundenen Wahlrecht, von einer bestimmten Bestätigung einer Wahlbeeinflussung zu sprechen. Er werde für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Friedberg (nat. lib.) bemerkt, wenn auch in Halle Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben, so habe doch der Reichstag immer berücksichtigt, welchen Einfluß sie auf das endgültige Ergebnis hatten. Die Wahlbeeinflussung habe doch gegen Meyer stattgefunden, also ihm seine neuen Stimmen zugesichert. Daß der Sozialdemokrat in der Wahlprüfung ohne die Berechnung ermittelt werden konnte, beweise, daß die Wahlprüfungskommission ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Meining (fr. Pp.) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären.

Die Wahl des Abg. Goll (freikons. — 5. Marienwerder), die schon einmal beantragt worden, beantragt die Kommission weiterhin zu beantragen, aber weitere Beweise über vorgetommene Wahlbeeinflussungen zu erheben.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. v. Goll (freikons.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

**Anzeigenpreis**  
für die 10spaltige Hauptzeile ober dem Raum 10 Pf. Anzeigen-Zeile 15 Pf.  
**Anzeige**  
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

gung ganz gut möglich ist, dann wird man sich wahrscheinlich dahin entschließen, das Bürgerliche Gesetzbuch gegen das Parlament in einer lebhaftigen Arbeit gemindert fügen. Die Sitzungperiode zu beenden und dann den Sessionsschluß folgen zu lassen.

\* Der K. K. Ag. zufolge sind die Vorarbeiten wegen Verordnungsgebung der vierten Dotation im Kriegsministerium so weit gediehen, daß der Geleitzvertrag schon in Kürze, voraussichtlich noch vor Pfingsten dem Reichstage zugeht. Die Ministerien sollen keinen unentschiedenen Umfang annehmen, so daß auf eine glatte Erledigung der Vorlage gerechnet werden dürfte. Die K. K. Ag. hofft, daß es dem Kriegsminister nun auch gelingen werde, baldigst den Entwurf einer Militärstrafprozessordnung zur Vorlage zu bringen.

\* In Deutsch-Südbaharila soll es eine Gruppe der Schutztruppe und den Vererben zu einem Zusammenstoß gekommen sein.

**Ceslerreich-Ungarn.**  
\* Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm am Freitag den Artikel 1 der Wahlreform, der 72 neue Abgeordnete festsetzt, mit 195 gegen 30 Stimmen an.

\* In ungarischen Abgeordnetenhaus, in welchem politische Parteien aus Zehnten und Komitaten wegen der Ausarbeitung von Verhandlungen mit Österreich eingetreten worden sind, trat Franz Jósik am Freitag für ein selbständiges Zollgebiet ein. Der Ministerpräsident erklärte, der bisherige Gang der Verhandlungen sei nicht derartig, daß man zur Trennung des Zollgebietes schon jetzt Verfügungen treffen müsse, im Gegenteil, er habe die Ueberzeugung geschaffen, daß auch auf der Grundlage eines gemeinsamen Zollgebietes Ungarns Interessen gedeckt werden könnten.

**Frankreich.**  
\* Fürst Ferdinand ist in Paris mit Auszeichnung empfangen worden. Der Präsident verlieh ihm den Großorden der Ehrenlegion.

\* Die inneren Wirren in Frankreich haben mit dem Niedertreten des Ministeriums Bourgeois eine recht bedeutende Schwärze angenommen; die Ministerkrise ist noch immer nicht gelöst. Zwar hat Präsident Faure nachdrücklich Kauter, Weyss, Genet und Boucens, und nachher Bourgeois, Garrien, Berger und Meunier empfangen, ohne daß bisher ein neues Kabinet gebildet werden konnte.

\* Der Sturz des Ministeriums Bourgeois hat eine starke Volksbewegung gegen den Senat in Fluß gebracht. Am Freitagabend fand in Livoli-Marchal eine große Volksversammlung gegen den Senat statt. Der Antrag war ein sehr großer: mehrere tausend Teilnehmer mußten außerhalb des Saales bleiben; eine Anzahl sozialistischer Deputierten und Municipalräthe waren zugegen. Familie der Rechten bestieg die Tribüne und erklärte, der Augenblick fordere Ehrlichkeit, nicht Worte. Jaures und Bailant sprachen nach ihm. Jaures schloß seine Rede mit der Aufforderung: „Bürger, laßt uns heute einen Schwur thun! Laßt uns alle schwören, unser Leben für eine Sache hinzugeben! Für die soziale Republik unser Leben, unseren Tod!“ Die Anwesenden leisteten mit Empfindung diesen Schwur.

**England.**  
\* Rom Matalebauffhand sind neuere Nachrichten nicht veröffentlicht worden. Aber wie aus Dover gemeldet wird, haben die dort und in Brighton stehenden Truppen Befehl erhalten, sich zum Abzuge nach Süd-Afrika bereit zu halten. Am übrigen werden die englischen Kräfte fortgesetzt. Die Admiralität ordnete den Bau von zwanzig neuen Torpedoboots-Hörfern an.

**Italien.**  
\* Die Friedens-Verhandlungen mit Mexiko sind geendet, weil die letztere die Erklärung des Verzichts auf das internationale Protokoll abgab, aber sich weigerte, zu erklären, er nehme auch kein anderes Protokoll an. Es heißt, der zweite Friedensunterhändler General Maga sei ebenfalls als Geisel gelangt. General Baffiera rüffte zum Kampf während der Abreise. Barateri soll auf seinen Geisteszustand beobachtet werden.

**Rußland.**  
\* Die bevorstehende Kaiserkrönung in Moskau gibt den Bibliotheken wieder Veranlassung, von sich reden zu machen. So sollen, wie Krasauer Botschafter melden, bei polizeilichen Revisionen in Petersburg, Moskau und Nijni-Novgorod große Massen Sprengstoff

